



Presseinformation

Nr. 454 / 2012

Kiel, Freitag, 23. November 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wirtschaft / Bundesratsbeschlüsse

Christopher Vogt: Entlastungen für die Beitragszahler sind sinnvoller als Strohfeuerprogramme auf Pump

Zur Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge und der Erhöhung der Verdienstgrenze für Minijobs, die heute den Bundesrat passiert haben, erklärt der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Diese Maßnahmen werden mit der Abschaffung der Praxisgebühr zu Beginn des neuen Jahres die Beitragszahler entlasten und damit binnenwirtschaftliche Impulse auslösen. Die Abschaffung der Praxisgebühr und die Absenkung des Rentenbeitrages bringen den Beitragszahlern im nächsten Jahr eine Entlastung von etwa acht Milliarden Euro. Wir benötigen diese Impulse, um die schwächere Nachfrage unserer Nachbarländer auszugleichen und unser bisher stark auf den Export ausgerichtetes Wachstum mehr auf die Binnenwirtschaft auszurichten.“

Dass SPD und Grüne die heute beschlossenen Maßnahmen massiv kritisieren, belegt wiederholt deren geringe wirtschaftspolitische Kompetenz. Für Europa fordern Sozialdemokraten und Grüne zu Recht mehr Initiativen für ein stärkeres Wachstum. Sie verstehen aber nicht, dass hierfür die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Staaten gesteigert werden muss.

Geldverbrennungsprogramme zum Ankurbeln der Wirtschaft machen keinen Sinn! Den Beitragszahlern mehr von ihrem Geld zu lassen, ist deutlich sinnvoller als Strohfeuer auf Pump zu finanzieren. Wir sind gemeinsam mit den Beitragszahlern froh, dass sich die schwarz-gelbe Koalition auf Bundesebene mit ihren Initiativen durchsetzen konnte.“

www.fdp-sh.de